

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 18. Mai 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 58

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den

26. Mai und folgende Tage

zur Verhandlung nach Berlin NW 7, Schadowstraße 7 I („Resource“), einberufen, um über nachstehende Anträge Beschluß zu fassen:

1. Erhöhung der Feuerungszulage für Gebläse;
2. Erhöhung des Zuschlags für Maschinenführer (§ 3);
3. Festsetzung der Feuerungszulage für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wie für Gebläse.

Die Verhandlungen beginnen am 26. Mai, früh 10 Uhr.

Eine besondere schriftliche Einladung der Verhandlungsteilnehmer erfolgt nicht; die Herren werden aber gebeten, dem Tarifausschuß mitzubringen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 15. Mai 1922.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Ullstein, Robert Braun,
Prinzipalvorsitzender, Gebläsevorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Wie lange noch?

So fragt sich heute jeder Kollege angesichts der Entwicklung auf dem Lohngebiet: im Buchdruckgewerbe. Wann endlich soll einmal eine Änderung, d. h. Besserung, in der trostlosen Entlohnung der Buchdruckergehilfen eintreten? Das Lohnabkommen für April war schon schlecht im Hinblick auf die rapide steigende Feuerung; der Unterschied in der Entlohnung zwischen Buchdruckern und andern Berufen war schon groß; viele stellten sich mit der einmonatigen Geltungsdauer und hofften alsdann auf eine Besserung. Sie und wir alle sind durch die letzte Lohnregelung für Mai gründlich enttäuscht worden; fast einer Annäherung an die Löhne in andern Berufen sind wir von demselben ganz gewaltig abgerückt, heruntergerutscht hängen wir an einem Abgrunde, der unermittelbar in die Tiefe, ins Elend führt. Wie weit wir unter dem Lebensniveau stehen, das für andere Berufsgruppen sich noch halbwegs erträglich gestaltet, dafür möchte ich von Düsseldorf einige Angaben machen, die wohl auch auf andere Städte zutreffen. Im Monat April, also zur Zeit, wo der Lohn für verheiratete Buchdrucker in Klasse C hier selbst bei 25 Proz. Lokalzuschlag und wöchentlich 75 Mh. Industriegebietszulage auf die Stunde umgerechnet 16,87 Mh. betrug, war der Spitzenlohn in der Metallindustrie für Facharbeiter 9 Mh. Grundlohn plus 15 Proz. plus 9,80 Mh. Feuerungszulage, zusammen also 20,15 Mh. Singu kommen noch Familienzulagen von 4 Mh. pro Kopf und Arbeitstag, so daß ein Arbeiter mit Frau und zwei Kindern auf die Stunde umgerechnet noch 1,50 Mh. mehr erhielt, ein Plus gegenüber einem Buchdrucker also von 4,78 Mh. stündlich oder 229,44 Mh. wöchentlich. Ein Lohnabkommen für Mai ist in der Metallindustrie noch nicht getroffen, sicherlich wird daselbe die Spannung noch beträchtlich vermehren. Zur Zeit, nach dem Mai-lohn, beträgt der Spitzenlohn für Buchdrucker hier selbst 970 Mh. oder 20,20 Mh. die Stunde. Das Schlußmachergerücht, das doch vorwiegend aus Kleinbetrieben besteht und welches eine größere Konkurrenz bei Preisauflagen zu fürchten hat, indem immer weitere Kreise zur Selbsthilfe übergehen, was im Buchdruckgewerbe bei weitem nicht so leicht möglich ist, vermag seinen Gehilfen in den obersten Lohnstufen ab 1. Mai 22,30 bzw. 23,50 Mh. zu zahlen, also auch hier ein wöchentliches Lohnunterschied von 100 bis 150 Mh. Nach einem solchen erfolgten Schiedsspruch für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Gebiet erhalten ab 8. Mai Facharbeiter 27 Mh., Hilfsarbeiter 26 und 25 Mh., also ein Mehr gegenüber einem Buchdrucker von 130 bis 326 Mh. wöchentlich. Und dabei gibt es keine Unterschiede, ob ledig oder verheiratet. Man wird sagen, das Baugewerbe hat keine Konjunktur, zu wenig gelernter Arbeiter usw.; doch leben wir uns eine andre Berufsgruppe an, die nicht mehr und nicht weniger Konjunktur hat wie viele andre Gewerbe, die Holzindustrie, deren Rohmaterialien sicherlich den Erhöhungen

derjenigen des Buchdruckgewerbes nicht nachstehen. Ab 8. Mai beträgt der Spitzenlohn für Facharbeiter über 22 Jahre, einerlei ob verheiratet oder ledig, 23,90 Mh., plus also 3,70 Mh. stündlich oder 177,60 Mh. wöchentlich gegenüber untern Löhne. Doch dieser Lohn ist nur theoretisch festgesetzt, in Wirklichkeit sieht der Tarif einen 20prozentigen Altkorbzuschlag vor, der fast überall da bezahlt wird, wo aus technischen und andern Gründen nicht im Altkorb gearbeitet werden kann. Es ist ein Altkorbmindestverdienst für alle diese Stundenlöhner von 28,68 Mh. festgelegt, woraus sich also ergibt, daß ein Holzarbeiter wöchentlich 407 Mh. mehr als ein Buchdrucker verdient. Die Belpse eilen sich noch vermehren, es mag genug sein. Ein Kommentar dazu wäre eigentlich überflüssig und man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Unverfrorenheit unsrer Prinzipale oder den englischen Beschluß des Tarifausschuß, wenn auch noch nicht in bestimmter Form, daß bis zum 1. Oktober 1922 die Industriegebietszulage abgebaut werden soll. Angesichts der oben dargelegten Zustände!

Es wird nachgerade Zeit, daß endlich einmal andre Wege bei uns gegangen werden. So wie bisher kann und darf es nicht mehr weitergehen, denn angesichts der ständig weiter steigenden Preise und naturnotwendigen Erhöhung der Löhne werden wir bald dorthin angelangt sein, daß uns nur noch die Häufe dessen zugebilligt wird, was in vielen andern Berufsgruppen gezahlt werden muß; die Spannung zwischen den Löhnen der Holzarbeiter im Verhältnis zu untern mit einem Mehr von 40 Proz. zeigt drastisch, wohin die Reise geht. Den Funktionären wird es immer schwerer, die Kollegen heute noch zusammenzuhalten. Mit Recht perweist man auf die andern Berufe und deren Löhne; Mühseligkeit und Interesselosigkeit am Verbandsnehmen täglich zu; das ist eine Tatsache, die niemand leugnen kann. Wenn nicht bald einmal andre Wege gegangen werden, wenn endlich nicht einmal ein striktes Nein den verbrecherischen Verelendungsstendenzen unsres Unternehmens entgegengebracht wird und der unvermeidliche Kampf aufgenommen wird, nicht lokal oder gauweise, sondern einheitlich im ganzen Reiche, so besichtige ich für unsere Zukunft Schweres, Schwereres selbst als eine teilweise Niederlage. Der Kampf in den neunziger Jahren sollte uns mit seinen später allseitigen Auswirkungen zu denken geben.

Es hat keinen Sinn und Zweck mehr, heute von untern Kollegen berufliche Fortbildung zu verlangen. Das Verhalten der Unternehmer zwingt zu Gegenmaßnahmen. Einem Unternehmer, das seinen Arbeiter nicht die notwendigen Mittel bewilligt, damit sich dieselben die erforderlichen Nährstoffe zuführen können, einem solchen Unternehmer kann die Arbeiterschaft auch nicht mehr die letzten Kräfte des Körpers geben. Wer am besten dabei fährt, die Zukunft mag es lehren.

Düsseldorf.

Ab. Man.

Stegerei!

Wenn ich obige Aberschrift wähle, so aus dem Grunde, weil mir im Augenblicke trotz des reichen Wortschatzes der deutschen Sprache keine passendere Bezeichnung einfällt.

Die Schriftleitung der „Zeitschrift“ öffnet einem anonymen Artikelschreiber in Nr. 38 ihre Spalten, der einen ganzen Saugenkübel über die übermäßig gewordene, gemeine und lauzenartige Gehilfenchaft ausschüttet. Vorsichtigerweise wird die Einfindung dieses Seldes unter „Briefe an die Schriftleitung“ rubriziert, um so die volle Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Wenn die Schriftleitung diesen Erguß überhaupt nicht aufgenommen hätte, es wäre dem gewerblichen Frieden dienlicher gewesen.

Die bei der letzten Tarifausschubföhrung aufgestellte Forderung der Gehilfenvertreter von 400 Mh. Lohnzulage ist dem Herrn auf die Nerven gefallen. Nur ein Wort hätte er beim Lesen dieser Summe sagen können: vorwärts! Im übrigen hätte er über solchen „Anflug“ gar nicht verhandelt, sondern die Gehilfenvertreter ruhig sitzen lassen.

Und nun erteilt der starke Mann seinen Prinzipalkollegen gute Lehren: „Weg mit den Wochenlöhnen! Die Stundenlöhne eingeföhrt, das ist der moderne Lohnmaßstab. — Weg mit der Feiertagsbezahlung, weg mit den Ferien! Die Zeit dusdel keinen Mühsigang, der bezahlt werden soll; Buchdrucker, geht auf Ganze — schließt eure Betriebe!“

Wahrlich, es wäre wirklich an der Zeit, daß man bei solchen Elementen endlich einmal auf's Ganze zinge.

Dann aber auch so, daß ihnen auf alle Seiten die Luft verginge, eine ehrlich schaffende, und trotz ihrer erblichen, aufopfernden Tätigkeit bittere Not leidende Arbeiterschaft in aller Öffentlichkeit anzufassen. Ist es etwa keine Stegerei, wenn man, wie es hier unser Feld tut, von „ewigen Gemeinheuten“, „täglichem Suppätkommen“, „Kerumfliehen und Kerumdrühen der Gehilfenchaft“ spricht? Es ist in den Augen des Artikelschreibers auch ein Luxus, daß man einem ausgemergelten, schlecht genährten Gehilfen von Taris wegen einen jährlichen Erholungsurlaub zubilligt. „Alle in den Tarif hineingekommenen Unsinntigkeiten müssen aus ihm heraus.“ Ich habe noch keinen Gehilfen gekannt, der zur Wiederherkräftigung seiner Gesundheit nach dem sonnigen Süden reisen konnte. Wohl aber könnte ich eine Reihe Prinzipale nennen, die nicht nur einmal, sondern des öfteren im Jahre sich solches erlauben konnten. Das sei ihnen nicht mißgönnt. Wenn man aber solchen Rippeleuten aus dem andern Lager ausgeföhrt ist, wie es in dem Artikel in Nr. 38 der „Zeitschrift“ geschieht — jeder Gehilfen müßte den Artikel lesen —, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Folgezeit eine kräftigere Sprache geführt wird.

Der Artikel schließt mit einem Ausruf an die Prinzipale: „Sßret auf mich, Kollegen — es gibt Fälle, wo das Recht nur durch Gewalt hergestellt wird. Greifen auch wir nun zur Gewalt. Denn: Es ist genug!“

Wenn jemals einer, so hat dieser Mann es verdient, ausgehauen zu werden — natürlich in Stein. Ich könnte noch ein andres Rezept empfehlen, das ich aber lieber verschweige.

Karl Weirich.

Mir hatten ebenfalls die Absicht, dem wildgewordenen Spielher, der sich unter der Rubrik „Briefe an die Schriftleitung“ in Nr. 38 der „Zeitschrift“ (und zwar nebem mir) an, daß dies nicht auf diktatorische Anordnung von „oben“ gesehen konnte) in vorliegend gehemmelnder Weise ausloben dürfte, in heutiger Nummer einen wirksamen Preishieb- undschlag zu verabreichen. Da jedoch Kollege W. in vorstehendem Artikel diesem Herrn mit aller Deutlichkeit auf's Kopf gesagt, weshalb wir darauf, feststellen müßten wir jedoch nur noch, daß wir schon seit Jahrzehnten kein Unternehmen geblieben zu Gesicht bekommen haben, in dem die Arbeiterschaft in so unglücklicher Weise beschimpft wurde.

Die Redaktion.

Berwaltungschmerzen und sonstiges

Die von den Mitgliedern eines Ortsvereins aufzubringenden Mittel zur Unterhaltung eines Verbandsbüreaus nebst Angestellten war schon immer als eine schwere Last zu betrachten, die sich stets in der Erhebung eines höheren Ortsvereinsbeitrags äußerte und schon hierdurch manche Unstimmigkeiten in den Mitgliederkreisen verpöhlen ließ. Ganz zweifellos ist auch auf diesem Gebiete die erwünschte Erleichterung möglich, wenn der Verband als solcher helfend eingreift und für Bezahlung seiner Beamten reiflos eintritt in der Weise, daß die Verbandskasse sämtliche Gehälter dieser Angestellten deckt.

Nun wird man ja schnell daran erinnern, daß unsre Zentrale bereits 15 Proz. der Einnahmen für Verwaltungskosten an die Gauen abführt. Das ist alles gut und schön, nur reichen diese Summen bei weitem nicht aus, um die Kosten für die Verwaltungsgelächte damit zu decken, selbst wenn die in Frage kommenden Orte sämtlich 15 Proz. ihrer Einnahmen erhalten würden. Wie gesagt, da muß schon die kapitalkräftige Zentralkasse helfen, damit es ermöglicht wird, den in neuerer Zeit erhobenen Ortsvereinsbeitrag von 3 Mh. pro Woche zu reduzieren. Hierbei soll nicht verschwiegen werden, daß in diesem Beitrag auch die Mittel enthalten sind, um den Arbeitslosen und Invaliden ab und zu ein der Not der Zeit entsprechendes Scherflein zu zuwenden. Das würde ja noch in weit reichlicherem Maße der Fall sein können, wenn nicht die Verwaltung den Hauptteil aller Einnahmen abforbierete. Eine Änderung in der angezeigten Richtung wäre wohl allerwärts, wo ähnliche Verhältnisse bestehen, zu begrüßen.

Für alle Neuausgaben wird ganz naturgemäß immer nach Deckung gesucht. Da fährt dann dazu, alle überflüssigen Ausgaben zu unterbinden. Wir müssen uns dabei von mancher Überlieferung losagen. Nach diesen Seiten hin lassen sich Vor schläge machen, es fragt sich nur, ob man die richtigen Gebiete erfaßt, bei denen ein wenig abgebaut werden könnte. Hier schweben mir die in so kurzen Intervallen tagenden Tarifausschubföhungen als Verluhsobjekte vor, die ganz geeignet erscheinen, durch eine andre Zusammensetzung grobe Ersparnisse für die Ver-

bandtschaft zu bringen. Wie diese Körperschaft zusammenzusetzen ist, darin liegt eben des Rubels Kern. Die Stellvertreter der richtunggebenden Geschäftsvertreter sollen lediglich zum Zweck der Lohnfestsetzungen in Berlin sitzen, wodurch sich dieser umfangreiche Apparat, der ständig an der Zentralstelle des Reiches sitzen müßte, ganz erheblich verbilligen ließe. Die Stellvertreter behänden die Vollmacht zu tariflichen Abschlüssen, die ja an sich nichts von ihrem bisherigen Charakter einbüßen würden; denn die Geschäftsvertreter können bekanntlich nicht mehr an ihre Mandatgeber übermitteln, als was die Unternehmer bewilligen, es ist daher ganz gleich, ob der Stellvertreter Sitzung oder Sitzung heißt. Nur muß er am Orte durch Urwahl gewählt sein und die tarifliche Materie gründlich beherrschen. Unter etwa 13000 Mitglieðern dürfte sich die nötige Anzahl Männer in reicher Auswahl finden. Eine solche Institution käme dann einer sogenannten gleitenden Lohnskala so ziemlich nahe.

Vielleicht unterzieht man diese Ausführungen einer wohlwollenden Prüfung und unterläßt die Gangbarmachung dieses Weges, der sich vielleicht auch auf die Fagungen der Gaultage und selbst der Generalversammlung in befruchtetem Maße zur Anwendung bringen läßt. Magdeburg. E. K.

Zur XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes

Glossen zu § 1

Aber die Formel: „Mit Ausschluß aller religiösen Fragen“, ist eigentlich noch nicht geklärt worden. Man kann sagen, daß die Buchdrucker durch den Beruf selbst gezwungen sind, weltliche Toleranz in dieser Beziehung zu üben. Eine Selbstverständlichkeit? Ja und nein, je nachdem; uns dünkt dies eine Frage des Zehles, der Serjensbildung oder Allgemeinbildung oder wie man dieses „Ding an sich“ benennen will.

Schon etwas brenglicher wird die fatale Wortgruppe: „aller parteipolitischen“. Hier könnte man das Wort Opposition einschalten. Es gibt eine gesunde und eine kranke Opposition. Man kann innerhalb eines großen Kreises (und ein solcher ist der Deutsche Buchdruckerverband) allerdings Figuren und Formen sehen, ohne über ihn hinauszugehen. Niemals wird es eine Meinung geben, aber es könnte doch einmal eintreten, daß ein Teil der Opposition diesen Kreis verläßt, also nicht mehr zu uns gehört, und dieses Thema wird das heikelste in Leipzig sein. Aber es muß davon geredet werden. Wir sind keine Genua-Delegierten, die nur vom Welter sprechen sollen, derwetlen dabei das Haus brennt. Im Verbandsgebäude ist es auch nicht mehr gemittelt. Sache der Generalversammlung ist es. Mittel und Wege zur alten Friedensqualität zu finden.

„Ergleichung günstiger Arbeitsbedingungen“ und „Pflege der Fachbildung“ kommt in eine Reihe. Grundfundament ist der Qualitätsarbeiter. Nicht der Tarif schließt in erster Linie, sondern die Qualifikation des einzelnen. Deshalb kann ein Arbeiter, ein Schwerkranker, ein Epileptischer, ein böser Fürsorgegebälger nicht bei uns ankommen. Wie oft sagen wir allen den Lehrlingen, den jungen Kollegen, daß sachliche Durchbildung von Nutzen ist; ist er dumm, so denkt er: wenn ich soundso alt bin, in der Stadt X mit soundso viel Lokalzulage, dann muß der Prinzipal mir dies zahlen. Möglich, daß dies vorkommt. Aber ist der junge Mann klug, so sagt er: Bin ich qualifiziert, dann kann ich aufstehen bei etwaigen Vorwürfen und erst bei großem Verlagen tritt keine Organisation auf und gebietet dem Arbeiter: „Ruhe im Glied!“ Also ja nicht solche Tendenzen den jungen Kollegen aufgeben; arbeite nur so gut und so viel, als du bezahlt wirst. Derlei Ratschläge sind höchst ungeschickt. Wir erwarten sogar von der Generalversammlung, daß sie in weitgehendem Maße dem Bildungsverband entgegenkommt. Wenn die Formel lautet schon lange: Nur Qualitätsarbeit kann uns nützen!

Vom engen Zusammenwirken graphischer Industrieverbände soll man keine Illusionen herausbeschwören. Gemeinliche Rücksichten mögen von Wert sein, aber enge Arbeitsgemeinschaft ist nicht zu beiführen. Es kann auch einmal ein Zielgewicht sein. Große Massen sind immer schwerer zu dirigieren, weil sie mehr indifferente Kollegen in sich schließen. Mit dem weiblichen Teile der Arbeiterschaft kann man oft Dinge erleben, die alles aber nicht ermunternd sind. (Frage doch eure Mädels in den Betrieben einmal nach gewerkschaftlichen Zusammenhängen, nach ihrer Auffassung über ihren Beruf.)

„Repektionierung unserer Beschlüsse“ könnte man kurz die Note des § 1 bezeichnen. Und dieses doch C hat uns die Feder in die Hand gedrückt, und zwar folgendermaßen: Stand da jüngst in der Presse zu lesen, daß streikende Arbeiter Streikbrecher am Eintritt in die Fabrik gewaltsam verhinderten. Streikbrecher sind gemeine Leute, wir behaupten, sollte es eine Abble geben, so können es nur solche Elemente sein, die überhaupt einen Begriff entstehen läßt, was das Wort Abble bedeutet. Allein mit dieser Festlegung ist gar nichts getan. Warum haben diese Menschen die Absicht, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen? Antwort: Weil es keine Gewerkschaftler sind, nie waren, nie werden.

Wir wollen richtig verstanden werden. Es ist schon schlimm, daß es solche Menschen gibt. Ob es einen Sinn hat, derlei Elemente mit Gewalt am Arbeiten zu verhindern, mag unerörtert bleiben. Wdrastlich sind sie sowieso für uns verloren. Es ist nicht wichtig, einen Streik zu beschließen, das ist Augenblicksache, ungemein wertvoll ist es, allen Kollegen zu sagen: Warum. Aus bangt immer

vor Mehrheitsbeschlüssen. Es ist eben so fatal, daß unsere Verammlungen sich kaum mehr mit idealen Schemata aus dem Leben selbst befaßen können. Unsere Tagesordnung lautet in allen Endurteilen gleich:

1. Eingänge,
2. Stellungnahme zum Lohnabkommen,
3. Diskussion und (natürlicher) Resolutions hierzu,
4. Verschiedenes.

Ja, was ist dagegen zu machen? Leider nichts. Absolut gar nichts. Denn jetzt ist man beim 4-Wochen-Abkommen angelangt, so daß man jetzt nicht mehr aus eigener Initiative den Termin der Verammlung ansetzt, sondern die Lohnkurve bearbeiten bzw. abstimmen muß.

Kollegen, es ist unbedingt notwendig, daß unsere Struktur, unser Verbandsgebäude in die Tiefe geht, sonst ist es wie im Felde: bei einer schweren Zentnermine kippt „das Ganze“ um. Das wäre schade. Wohlgerichtet, daß man aller vier Wochen jetzt vom Streik sprechen muß, trägt nicht dazu bei, daß unser aller Grundhalt erbfürchtig behandelt wird; er lautet: Der Tarif ist ein Vertrag, der nach Treu und Glauben aufgebaut ist.

Wie kann man Respekt vor dem Gebäude kriegen, wenn aller vier Wochen man daselbe umzulürzen verspricht?

Man kann eben alles von zwei Seiten betrachten. Wir wollen, daß unsre Kollegen strikte Disziplin beobachten, daß im Falle des Streiks alles da ist. Es geht uns ganz eine Wäsche an, an daran denken zu müssen, in welchem Falle nicht bloß Streikposten zu stehen, sondern auch „nachhelfen“ zu müssen. Wir wollen alle Mitarbeiter feilsch, geistig so weit schulen, daß sie wie ein Mann aufstehen, wenn der Ruf zum Streik ertönt. Gewiß mag es immer welche traurige Trottel geben, die versagen, es sind dann ungefähr die selben, denen etwa folgendes zuzutrauen ist bzw. etwa folgende Vorbeurteilungen sich erworben haben.

Also, da ist einer, der den 1. Mai sich an den Ferien abseht läßt, der andre läßt sich Ferien auszahlen, wieder einer zählt keine Anfertigung für streikende Arbeitskollegen, derweilen ein anderer 30 Mk. gibt. Dann folgen eine Reihe Serren, die verzischen auf Qualitätszulage und begnügen sich mit Titeln: Oberabzählender, Vizefaktor, Generalmelteur, Abteilungsprotz, Buchdruckermeister, Werksführer, Oberlehrer. Diese Titel sind nicht erlunden. Sie sind bloß aus Adressbüchern herausgeschriebe.

Aber nicht bloß dieses ist zu rügen. Man hat nicht bloß Titel, nein, auch Räte. Und was das oft für zähe, stille Kämpfe sind, bis so ein Rat bekommen ist. Und nun soll auf das letzte Glied des wichtigsten Paragraphen zurückgegriffen werden.

„Pflege der Kollegialität und Solidartät.“ Glauben die Kollegen nicht, daß die täglichen kleinen Mörgeleien über Räte, Vorgesetzte, Sammelstellen, Betriebskollagen, daß diese Sächelchen alle dazu beitragen, daß das 1-Abkommen des § 1 fast illusorisch wird durch die realen Tatsachen? Es muß fürwahr eine ungeheure Pein vor Toleranz von jedem einzelnen Delegierten nach Leipzig mitgenommen werden, wenn wir kein Genua erleben wollen. Gebundene Mandate wären der erste Leichenstein hierzu. Trübsicht Verprechungen an einzelne Sparten oder Vereine der zwelte und persönliche Eitelkeit könnte die dritte Clappe sein, über die so ein Generalversammlungsdelegierter stracheln könnte. Wohlgerichtet, man halte irrtümlicherweise angenommen, die Revolution werde einer Menge Führer den Geist geben, aber nichts ist eingetroffen. Was auftrat, was Bestand hielt und das ist doch das Wichtigste) waren unsre alten Führer. Die jüngeren müssen die alten Regeln erst lernen, und so hoffen wir, daß unser Verband tiefer geht, daß die Breite erreicht ist, die man als Mitglieðerzahl bezeichnet und daß auch der letzte Oppositionskollege bescheiden zurücktritt und den von uns selbst gewählten Führern den Vorrang läßt. Damit vergeben wir nichts und der Demokratie ist Genüge getan.

Stuttgart-Üblingen. Rudolf Schumacher.

Leipzig

Wieder stehen wir vor einer Generalversammlung unsres Verbandes. Wieder erheben sich Tausende von Kollegenköpfen über die gestellten und zu stellenden Anträge. Ich möchte daher auf die Leipziger Verbandsgeneralversammlung und deren Aufgaben eingehen.

Wer die Aufgaben der Generalversammlung richtig beurteilen will, muß ausgehen von der gesamtwirtschaftlichen und politischen Situation. Hat sich die Situation geändert gegenüber derjenigen, die wir vor zwei Jahren hatten? Zwei Voraussetzungen lagen auf der Nürnberger Generalversammlung vor. Auf der einen Seite die Auflassung der Opposition, daß ein Neuaufbau des Wirtschaftslebens nur in wirksamer Weise durch Machtergreifung des Proletariats und Gestaltung der sozialistischen Gemeinschaft möglich sei und ein kapitalistischer Neuaufbau die Arbeiterklasse durch Not, Hunger und Massensterben führe. Auf der andern Seite stand die Mehrheit der Generalversammlung auf dem offiziellen Referenten des Verbandsvorstandes zum Punkt I A vertretenen Standpunkte, daß ein kranker Staat des Staatsrates bedürfe, die Arbeiterklasse für eine selbständige Führung des Wirtschaftslebens nicht reif sei, und sie daher unter Erlangung von sozial Mitbestimmungsrecht, wie möglich, den Kapitalisten mit ihrer famosen „Initiative“ den Vortritt zu lassen habe. Diese Auffassungen waren wohl mit einigen Abweichungen die maßgebenden und die letzte Auffassung von Staatsrats Mitbestimmungsrecht usw. gewann die Mehrheit der Nürnberger Generalversammlung. Wie ist nun heute die Situation? Sozialisierung ist nur von der andern Seite her durchgeführt worden — Sinnes. Die Arbeiterklasse als Klasse, die in

Nürnberg den Antritt scheute, steht heute auf der ganzen Linie in Abwehr. Der Kapitalismus ist so stark, daß er selbst auf Arbeitsgemeinschaften pleißt. (Die Antitarbewegung in Disprehen war nur ein Teil dieser Bewegung.) Der Staatsrat doziert und die Arbeiterklasse bezahlt die Medizin mit einem auf weil über die Hälfte herabgedrückten Reallohn. Zweifelloß ist aber, allgemeinwirtschaftlich betrachtet (wir merken allerdings nichts davon), eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft eingetreten, die noch klüßbarer werden muß, wenn erst Rußland völlig in den Bereich des weltwirtschaftlichen Warenkreislaufes gezogen wird. Wegen dieser Beurteilung spricht auch nicht die Tatsache, daß wir mit unsrer Mark immer tiefer klürzen. Die Entwertung der Mark ist das Mandat, mit welchem uns die Bourgeoisie die Lasten des Krieges aufhob. Sie stellt für uns die klüßliche Schwärzung unsres Reallohns dar und damit ist die Stellung der Arbeiterklasse als Klasse gezeichnet. Der Kapitalismus läßt sich neuen Auf. Unbekümmert der Doktorfrage der Monarchie kämpft das Bürgertum, das monarchistische und das demokratische verbrämte, einen einmütigen Kampf gegen die Arbeiterklasse, für Luxus und Eigenliebe. Und während die Arbeiterklasse vegetiert, Tuberkulose und sonstige Krankheiten rapide zunehmen, wächst der Wohlstand der Bourgeoisie. Während der politische Oberbau des deutschen Wirtschaftsreiches, die Republik, durch die künstliche Ernährung der Zwangsanleihe von der völligen zur Neuzubehaltung gebracht wird, um den Markkurs weiter zu forcieren, schwimmt die Industrie im Gold, steigt der persönliche Luxus der begüterten Klassen.

Was muß die Generalversammlung unsres Verbandes angesichts dieser Tatsachen beschließen? Welche Lehre muß die Arbeiterklasse daraus ziehen? Sie muß ohne Aufgabe ihrer grundsätzlichen Stellung Wege suchen, um die Arbeiterklasse von dem auf sie lastenden Druck zu befreien. Im Vordergrund der Debatte dürfen nicht stehen theoretische Differenzen über Dinge, die uns im Augenblick ferne als je stehen. Im Vordergrund muß stehen die Sicherung unsrer Existenz.

Betrachten wir die Dinge so, wie sie geschehen, dann ergibt sich wie die Perlen an einer Kette unsre Einstellung zu den in Leipzig schwebenden Fragen zwangs-läufig. Mit prinzipieller und grundsätzlicher Gegenwart zu dieser oder jener Frage ist dem Augenblicksbedürfnis unsrer Kollegen nicht dienlich. Wir werden beispielsweise bei der Beurteilung der Tarifgemeinschaft uns fragen müssen, was als Voraussetzung für Beseitigung unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelten hat. O, h, wir müssen die Dinge beurteilen nach ihrem Werte für uns. Und da kann man allerdings schon heute feststellen, daß der Abschluß eines Tarifs (ganz gleich, in welcher Form) für uns nur Wert hat, wenn uns gewährleistet wird eine ganz andre Berücksichtigung unsrer Lebensbedürfnisse. Auch die Ferienfrage, die heute lediglich das Betriebsinteresse der Unternehmer berücksichtigt durch Befestigung an den Betrieb, muß in einer auf das Lebensalter Rücksicht nehmenden Weise gelöst werden. Dies ist der Verband schuldig schon den Funktionen, die im Interesse des Verbandes ihre Stellung und damit oft ihre Ferien opferren. Es wird also Aufgabe der Generalversammlung sein, ein Mindestprogramm aufzustellen, auf welcher Basis ein weiterer Tarifabschluß für uns Wert hat.

Weitentlich anders liegen die Dinge bei der Beurteilung der Arbeitsgemeinschaft, die einen weit über die Berufsgrenzen hinausgehenden politischen Einfluß besitzt. Fragen wir uns jedoch, inwieweit dieser Einfluß zugunsten der Arbeiterklasse angewendet wurde, so stehen wir vor einem luftleeren Raume. Kartellzulage ein paar Pfennige. Streiklitage beim Kapp-Putsch, die nicht bezahlt wurden, waren das offizielle Ergebnis bis Nürnberg. Damals wollte die Mehrheit in der Arbeitsgemeinschaft bleiben, um hinter die Schliche der Unternehmer zu kommen. Doch halt, in Nürnberg versprach man uns, die Presse zu kontrollieren für Papier, und sogar auf die Holzpreise wollte der Vorsitzende der Stein-drucker, Kollege Sah, achten. Ach du mein liebes Herrgötze, und was für einen feinen Papier- und Holzwucher haben wir. Die Augen gehen uns über bei den verteuerten Papierpreisen. Und wir werden unsre Vertreter fragen müssen: „Wie lange kontrolliert ihr noch zum Schaden unsres Wirtschaftslebens die Preise und Dividenden in die Höhe? Wie lange wollt ihr euch noch zu Mitschuldigen machen? Wie lange noch?“

UDOB, soziale Gesetzgebung, Arbeiterrecht — oder Arbeiterunrecht, das sind ebenfalls Dinge, mit denen unsre Generalversammlung sich beschäftigen muß. Und hier steht die Frage klar vor uns. Wie stellen wir uns zur Schlichtungsordnung, wie stellen wir uns zur Arbeitslosenversicherung, die eine doppelte Belastung der Arbeiterklasse darstellt? Auf allen Gebieten leben wir den Zankhros des Versicherungswesens. Mit großem Erara wird gesammelt für das Alter; Zettelfürchen werden gezogen für diejenigen, die ihr Leben lang Sozialversicherungsbeiträge haben. Und der UDOB, Stimmt der Übertragung dieses Prinzips auf die Erwerbslosenfürsorge zu. Ich glaube nicht, daß wir daran kritisch vorbeigehen können. Hat der UDOB, auch daran gedacht, daß in Zeiten schlechter Konjunktur die Arbeiterklasse doppelt getroffen wird und jede Erhöhung der Höhe automatisch eine Erhöhung der Beiträge nach sich zieht? Ach ja, die Entente, die will ja keine unnützen Ausgaben. Als ob das Bürgertum seine Interessen nicht auch gegen die Entente verteidigt! Beweise genug liegen vor. Also kein Alloban, sondern Ausbau der Fürsorge. Übertragung dieses Prinzips auf die Altersversicherung. Wenn die Gesellschaft als Ganzes erst für Alter und Arbeitslosigkeit aufzukommen hat, dann wird die Arbeitskraft des Arbeiters viel pfleglicher

behandelt werden als Heute, wo der Arbeiter, ausgepreßt, auch noch die Summen sich vom Munde absparen soll, die er gebraucht, wenn er vom drohenden Hungertode Kapital auf die Straße geschickt wird.

Werden alle diese Fragen sachlich diskutiert, dann wird die Generalversammlung den Weg finden, der uns ein Stück weiterführt. Dann wollen wir den Geist loben lassen zur Klärung, die in untrer aller Interesse liegt. So wichtig auch organisatorische Dinge sind, so wichtig auch die Änderung dieses oder jenes Paragraphen ist, es werden alles tote Buchstaben bleiben, wenn sie nicht belebt werden durch den Geist des Zusammenlebens und des Zusammenkämpfens. Wenn in diesem Sinne die Leipziger Generalversammlung arbeitet, dann wird von ihr eine neue Belebung untrer Gewerkschaftslebens ausgehen, eine Belebung, die notwendig ist jeder proletarischen Organisation, die ein Stück Masse, mit den Massen und für die Massen proletarische Gewerkschaftsarbeit leisten will. Nur in diesem Sinne werden wir vorwärts streben, werden wir praktische Tätigkeit zu leisten vermögen. Und nur so werden wir die revolutionären Traditionen der Arbeiter-schaft hochhalten können, die sich bei aller Augenblicksarbeit bewahrt bleiben muß, daß sie ankündigt gegen die Mauern kapitalistischer Kasseien und Raubhütten, daß sie als einziger Träger einer neuen und schöneren Kultur wirken und schaffen muß.

Berlin. H. W. Schmidt.

Einstellung auf den Klassenkampf

Verbandsgeneralversammlungen sind Marksteine in der Geschichte der Organisation und auf dem Lebenswege, den das Proletariat in seinem Befreiungskampfe vom Joch des Kapitalismus zurückzulegen hat. Hohe Anforderungen werden an die dorthin entsandten Vertreter der Kollegenchaft gestellt werden. Im Rückblicke wird dort das Fazit gezogen werden müssen über die abgelaufene Periode seit untrer letzten Generalversammlung; und neue Richtlinien für die Führung der Kämpfe der kommenden Zeit werden festgelegt werden müssen. Untrer Generalversammlung tritt zusammen im Zeichen der Kämpfe in weltweitem Ausmaß. Überall sehen wir, wie in der ganzen Welt das Kapital dazu übergeht, das Proletariat und dessen Existenzbedingungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Speziell bei uns in Deutschland, wo das Kapital heute keine Position gefestigt hat, geht es dazu über, seine wirtschaftliche Macht auch auf politischem Gebiete voll zur Auswirkung gelangen zu lassen. Die Kapitalistenklasse hat klar erkannt, daß nur durch die schärfste Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerungslagen ihr Fortbestand möglich ist. In diesem Sinne sind der Eisenbahnerkampf und neuerdings der Kampf im Metallgewerbe zu werten. Bei allen diesen Kämpfen zeigt es sich, daß das Kapital klar und bewußt trotz Arbeits- und Tarifemancipation den Klassenkampf führt. Wir sehen, daß allen diesen Kämpfen das Bestreben zugrunde liegt, durch Erhöhung der Arbeitszeit einen Teil des Proletariats aus dem Produktionsprozeß ausschalten, um den übrigen Teil desto stärker auszupressen, um die Preise zu erhöhen, um sich eine Armee von Lohnbrüchern zu schaffen.

Während wir feststellen müssen, daß das Kapital national wie international seine Kräfte zusammenzweigt, leben wir, daß auf Seiten der Arbeiterschaft die weitestmögliche Zersplitterung herrscht, daß sogar grobe Teile des organisierten Proletariats teilnahms- und verständnislos diesen Kämpfen gegenübersteht. Diese Teile des Proletariats erhoffen noch immer eine Verbesserung ihrer Existenz durch Lohnkämpfe, geführt durch ihre Berufsverbände, bewerkstelligen zu können. Das allereinfachste Redengegenstück stellt jedoch fest, daß, in je kürzeren Intervallen Lohn-erhöhung auf Lohnverhöhung folgt, je höher der Nominallohn ansteigt, desto weiter wir uns von dem Existenzminimum der Vorkriegszeit entfernen, und ein Bild in den Sandstempel der Zeitungen zeigt uns, daß, je weiter die Inflation und damit die Teuerung fortschreitet, je tieferhafter und ungemessener die Profile des Kapitalismus werden. Es muß einmal klar ausgesprochen werden, daß die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe, wie sie heute geführt werden, eine Täuschung für die Arbeiterschaft bedeuten, daß sie mit Sozialismus nichts, aber auch gar nichts gemein haben, daß ihnen vielmehr eine anarchische Tendenz innewohnt und ihre Fortführung im bisherigen Tempo das Hinsteuern zur Anarchie bedeutet. Heute kann es nicht mehr gehen um Lohnverhöhungen, heute geht es um die Erziehung der Klassen. Nicht Lohnkämpfe der einzelnen Organisationsformen führen uns zum Ziele, sondern der bewußte Massenkampf des Proletariats zur Eringung der politischen und wirtschaftlichen Macht allein führt uns zum Ziele. Heute sehen wir, daß die Arbeiterschaft in allen Kämpfen in der Defensive steht, daß das Unternehmertum bestrebt ist, eine Arbeiterkategorie nach der andern schwach zu setzen, um dann zum entscheidenden Schlag auszuholen zu können. Soll dieser Plan vereitelt werden, so muß die Arbeiterschaft von der Abwehr zum Angriff übergehen, denn auch für sie gilt der Satz, den Clausewitz einst aufstellte: „Die beste Deduktion ist der Sieg“.

Die kommenden Kämpfe dürfen nicht mehr um Lohn-erhöhungen geführt werden, sie dürfen nicht mehr sein ein Kennen hinter dem Existenzminimum her, sondern Kämpfe um folgende Forderungen: 1. Stabilisierung der Preise; 2. Kontrolle der Produktion; 3. Erhaltung der Sachwerte; 4. Sozialisierung der Schlüsselindustrie; 5. Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Grundbedingung dafür ist die Einigkeit und Zusammenfassung der Arbeiterschaft und Führung der Kämpfe unter der Leitung des A.D.G. Untrer Kollegenchaft hat dafür zu sorgen, daß untrer Vertreter im A.D.G. im Sinne dieser Forderungen wirken.

Selbst für diese Forderungen einzutreten, ist untrer Kollegenchaft Gelegenheit gegeben, bei den Wahlen zur Verbandsgeneralversammlung. Sie haben es in der Hand, nur solche Vertreter dorthin zu entsenden, die gewillt sind, dort Beschlüsse herbeizuführen zu helfen, die eine Einstellung untrer Verbandes zum Klassenkampf ermöglichen. Göppingen. H. Schk.

Für den Industrieverband

Die diesjährige Generalversammlung muß uns in organisatorischer Beziehung Neues bringen. Mehr wie je müssen wir erkennen, daß es auf die Dauer unweidlich ist, in unterm Gewerbe mit einer Reihe von Organisationen dabinzulaborieren. Neben dem Berichte des Vorstandes muß die Verschmelzung von Verbänden in unterm Gewerbe der Hauptpunkt der Tagesordnung sein. Die Zeit der sich entwickelnden Wirtschaftsform drängt dazu. Finanziell sind wir gezwungen, mit den Beiträgen ratloser umzugehen. Darflich darf es nicht so weiter gehen, daß unsfe Unternehmer eine Gruppe gegen die andre auspielt.

Belehen wir die hier angedeuteten Punkte der Reihe nach etwas näher. Lernen wir von unterm Gegenüber: dort überall engerer Zusammenschluß. Dort haben wir keine politischen oder religiösen Sonderorganisationen. Die Kontrahenten sind für alle Gruppen fast dieselben. Mit Ausnahme der reinen Leistungsbetriebe vereinigen die meisten Druckereien eine Reihe von Organisationen in ihren Betrieben. Buchdrucker, Buchbinder, Stein-drucker und Hilfsarbeiter arbeiten sehr häufig harmonisch nebeneinander. Diese vier Verbände müßten zu verschmelzen zu einer graphischen Organisation, dürfte heute nicht schwer sein. Wir können es uns auf die Dauer nicht leisten, vier getrennte Verwaltungsapparate zu halten. Bedenken wir, was für Summen wir sparen können an Mieten, Gehältern, Materialkosten usw., um sie für wirtschaftliche Kämpfe freizumachen. Lesen wir die vier Organe „Korrespondent“, „Buchbinderzeitung“, „Solidarität“ und „Graphische Presse“, so finden wir ungefähr die Hälfte in allen vier Organen gleichlaufend. Die Vertretungen der Organisationen in den Betrieben bilden die Betriebsräte und doch kommt es noch recht oft vor, daß auch noch Vertreter von Organisationen außerhalb des Betriebsrats bestehen. Wie schwer ist hier die Arbeit gemacht wird, davon können die Betriebsräte auch ein Liedchen singen. Wie schwerfällig auch der ganze Apparat besonders bei schnell sich entwickelnden Anlässen ist, haben wir auch schon wiederholt erleben müssen. Denken wir nur an einen eventuellen Aufruf zum Generalstreik durch vier Organisationen. Ein nicht zu vergeßender Moment ist auch die Grenze der Streikarbeit bei wirtschaftlichen Kämpfen. Wie unglücklich ist oft auch der Zustand zwischen weißhändlern, Materialern des Buchbinders- und Hilfsarbeiterverbandes.

Darflich genantem dürfte es nicht mehr schwer sein, alle unter einen Hut zu bringen. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben bereits zusammen farifliche Abmachungen; nicht schwer dürfte es sein, die Buchbinder und Stein-drucker und Lithographen als gelehrte Berufe den Buch-druckern gleichzustellen. Welche Menge Zeit und Geld könnte hier beiderseits gespart werden durch einheitliche gleichzeitige farifliche Abmachungen. Auch aus Prinzipalstreifen hört man öfters diesen Wunsch. Sei dem aber wie es will: die organisatorische Frage ist untrer eigene Angelegenheit, hier bedürfen wir keines Kampfes gegen unser Unternehmertum.

Es gilt hier, mehr auf untrer Seite Klarheit zu schaffen. Wir wollen einmal ehrlich sein: die Hauptschuld, daß es noch nicht zu einer Einigung gekommen, liegt auf Seiten der Buchdrucker. Und warum? Sind wir mehr als die andern? Sind wir nicht ganz aufeinander angewiesen? Wozu etwaigen Dünkel? Es mag sein, daß es zu einem komplexen Industrieverbande noch nicht kommt, weil die Angestellten den Berufsverband vorsehen. Was darf nicht die Ursache sein, die Verschmelzung der vier graphischen Verbände zu verhindern. Sind wir einmal zu einem, so ist der Anfang gemacht, und es wird nicht schwer sein, mit den noch außenstehenden Mitarbeitern eins zu werden.

Die Vermögensfrage, wie auch die Frage der verschiedenenartigen Unterstützungsleistungen darf heute auch kein Hinderungsgrund zur Einigung sein. Ich schlage vor, von jeder einzelnen Organisation das Kopfermögen festzustellen und nach dem schwächsten Kopfermögen gerechnet, leistet jede Organisation den gleichen Betrag in die neue Hauptkasse. Ein etwa verbleibender Vermögensrest kann für bestimmte Zwecke bereitgehalten werden. Die Aufstellung eines einheitlichen Status, wie auch die einheitliche Regelung der Beitrags- und Unterstützungsangelegenheiten dürfte bei gutem Willen keine Schwierigkeiten bereiten. Wollen wir Einigkeit in der Arbeiterschaft, so müssen wir sie mit allen Mitteln fördern. Wer dies aber nicht will, der möge verschwinden, er ist ein Egoist. Wer jetzt noch gegen diese Verschmelzung ist, ver-folgt lediglich persönliche Interessen und für die darf heute kein Platz mehr sein. Zur Durchführung großer Aufgaben in unterm Gewerbe müssen wir einig und geschlossen zusammenstehen. Wie wollen wir uns die Durch-führung der Gemeinwirtschaft denken? Sollen wir eines schönen Tages abermals kopflos dastehen? In den einzelnen Bezirksversammlungen mögen die Mitglieder untrer Organisation bei der Aufstellung ihrer Delegierten diese Frage nicht außer acht lassen. Dann müssen auch untrer Führer wissen, woran sie sind.

Düsseldorf. G. Sieck.

Invaliden und Generalversammlung

Wieder einmal ist eine Tagung der höchsten Instanz in unterm Verband in Sicht, die allein die Macht hat, an den alten, nicht mehr zeitgemäßen Gesetzen des Joches zu rütteln und neue an ihre Stelle treten zu lassen. Bald werden die Spalten des „Korr.“ sich wieder füllen mit Anträgen, Vorschlägen und Wünschen von Gauverbänden, Ortsvereinen, Mitgliedskassen und Sparten zur General-versammlung. Da gilt es auch für uns Invaliden, auf dem Plane zu erscheinen, um untre Wünsche zu äußern und — an untre „Rechte“ zu erinnern. Leider sind wir weder in einer Sparte vereint, noch können wir einen Vertreter in untrer Parlament entsenden, der untre Inter-essen besonders wahrnehmen würde. Weshalb? Nun, man sehe sich doch nur die Invaliden an, sie sind in der Mehrzahl altersschwache, durch Not und Elend der letzten Jahre apathisch gewordene Greise! Dabei kommt es wohl auch, daß bis jetzt nur die invaliden Kollegen E. L. in Breslau, E. Kr. in Hohen-Neudorf und ich selbst im ganzen Reiche zur Lage der Invaliden im „Korr.“ das Wort ergreifen haben. Aber auch von den arbeitenden Kollegen hat bisher nur ein einziger, Kollege Richard Niklas in Leipzig, sich zur Invalidenfrage geäußert, indes nur wieder das alte Lied von der Staatsbilfe ge-sungen, und ausgeführt, was zur Erreichung einer wirk-lichen staatlichen Versorgung invalider Arbeiter geschehen „müßte“. Verehrter Herr Kollege, diese Wünsche sind sehr schön, aber bis zur Verwirklichung derselben werden noch Jahrzehnte vergehen und bis dahin sind die der-zehnten Invaliden und die inzwischen invalide werdenden Kollegen samt und sonders verhungert! Es ist ja schon seit Jahrzehnten eine große Anzahl von Arbeitervertretern im Reichstag, und doch haben sie das Invaliditäts- und Altersverorgungs-gesetz, das unter dem alten Regime in der Hauptsache zur Versorgung von Militärärztlern ge-schaffen wurde, nicht zu einem Gesetz umändern können, das nur annähernd dem Beamtenpensions-gesetz entsprechen würde. Selbst unter den jetzigen Arbeiterministern, zum Teil sogar aus unterm Fach, ist bisher nur eine Erhöhung der Leistungen bewirkt worden, die zu der ungeheuren Erhöhung der Lebensmittelpreise in gar keinem Verhält-nisse steht. Die Beiträge sind jedoch außerordentlich ge-steigert worden, so daß die frühere 18-Mk.-Marke jetzt 3,50 Mk. kostet, von einer weiteren Erhöhung der Leistungen sollen aber die derzeitigen Rentenbezieher aus-geschlossen sein. Auch den in den nächsten Jahrzehnten invalide werdenden Arbeitern werden die früher geleisteten Beiträge zur Reichsinvalidenkasse nur in der geringen Höhe angerechnet, wie sie gezahlt worden sind, und somit dürften auch sie nur eine niedrige Rente erhalten. Des-halb, Kollegen, bleibt nur die Selbsthilfe der beste Schutz in allen Lebenslagen, auf welches Prinzip der Verband der Deutschen Buchdrucker gegründet wurde. Heute will jedoch ein Teil der Kollegenchaft den wich-tigsten Zweig dieser Selbsthilfe, den Unterstützungs-zweig, abtügen und nur zur Kampfwende höhere Beiträge zahlen, die übrigens im Verhältnisse zum Lohne bei weitem nicht an die von uns früher geleisteten Beiträge herantreiben, wie dies Kollege E. Kr. im „Korr.“ Nr. 149 v. J. trefflich ausgeführt hat. Doch die Soli-darität! Einer für alle und alle für einen! Dies war seinerzeit unser Lösungswort in manchem streitenden Kampfe, durch den wir den Verband auf seine jetzige Höhe gebracht und das Mitbestimmungsrecht über untre Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen errungen haben. Ich weiß es jedoch aus eigener Erfahrung als Vertrauensmann einer Berliner Buchdrucker beim 1876er Streik, daß mancher ältere Kollege nur durch den Hinweis auf den Verlust seiner bereits erworbenen Unterstützungsrechte, namentlich für den Invaliditätsfall, zum Eintreten in den Kampf veranlaßt werden konnte. Ob dies bei einem all-gemeinen Lohnkampfe wieder der Fall sein würde, nach-dem die Invalidenunterstützung zum „Almosen“ herab-gelunken ist? Wahrlich, wär' es nicht gar zu bitterernt, man könnte darüber lachen! Es wird hiernach aber wohl jeder einsehen, daß die jetzige wöchentliche Unterstützung von 14 Mk., für die man nur 4 Pfd. Brot erhält — eine erhebliche Brotpreis-erhöhung ist ja bereits angekündigt — nur ein Almosen ist! Selbst die Sozialis- und Weib-nachschutten von je 100 Mk. und die nach unterm Vor-schreiben auf Antrag der Gewerkschaftskonferenz zum Haupt-vorstand erfolgte Zuwendung von 400 Mk. im Oktober vorigen Jahres, zusammen 600 Mk. oder, auf jede Woche des vergangenen Jahres verteilt, 11,50 Mk., konnten das Kraut nicht fett machen. Deshalb, Kollegen, veranlaßt eure Abgeordneten zur Generalversammlung, nicht nur für die Kräftigung des Kampffonds, sondern auch für den zeitgemäßen Ausbau der Unterstützungs-zweige des Ver-bandes einzutreten, damit diese wieder zu dem letzten Bindemittel werden, das sie sein sollen. Sagt nicht den Akt ab, auf dem ihr lebt, sondern sorgt dafür, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker auch sel ein Schutz und Trutz in allen Lebenslagen und daß er auch die, die für ihn gekämpft und große Opfer gebracht haben, in der heutigen schweren Zeit nicht verläßt.

Breslau. Maximilian Pechhold.

Literarisches

„Der Sozialismus einst und jetzt.“ Streifenfragen des Sozialis-mus in Vergangenheit und Gegenwart. Von Eduard Bernstein. Die Broschüre kommt angelehnt der Streifenfragen des Sozialismus zur rechten Zeit. Freimütig behandelt Bernstein die Welttheorie, die Lehre vom Klassenkampf, die Marx'sche und Lassalle'sche Staats-theorie, den Volkswirtschafts- und den Nationalökonomie des vorge-schrittenen Kapitalismus, die Klassenbildung und Klassenänderung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft usw. Das eigentliche Wissen

schliche Fundament des modernen Sozialismus... er charakterisiert damit selbst trefflich seine hohe Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses...

„Vollwertigste Briefe.“ Von Dr. Alfred Erlener. Ein Buch von der Art, das die wichtigsten Abschnitte der Volkswirtschaft... er charakterisiert damit selbst trefflich seine hohe Betrachtungsweise...

„Vollwertigste Briefe.“ Ein Buch zur Einführung in die Volkswirtschaft... er charakterisiert damit selbst trefflich seine hohe Betrachtungsweise...

Verfchiedene Eingänge

„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdruck in Leipzig. Heft 4, 1922, 43. Jahrgang. Zu beziehen nur durch alle Buchhandlungen oder direkt...

„Leichter Buch- und Stein drucker.“ 28. Jahrgang. Heft 7, April 1922. (Zweiter Band.) Ziel und umfängliche Monographie des Buchdrucks, die unter Mitarbeit erster Fachleute... erschienen ist...

„Karten-Ausstellung des Arbeitsrechts.“ Ein Verzeichnis des Arbeitsrechts in Karteiform. Heft 40 und 41. Vereinsvorständen und Funktionären sowie Betriebsräten... gut verständlich...

Briefkasten

G. U. in A.: Dankend empfangen und gelesen. Rückgabe erfolgt selbstverständlich zu gegebener Zeit. - A. G. in B.: Wenn das Buch... dankend empfangen und gelesen. Rückgabe erfolgt selbstverständlich zu gegebener Zeit...

Adressenveränderungen

Gieker. (Bezirk und Ort.) Kallierer: Frh. Diebold, Alsterstraße 9 II. (Postfachkonto 668 94 Frankfurt a. M.). - Rosenheim. (Bezirk.) Vorländer: Hans Barth, Königstraße; Kallierer: Frh. Kuhn... - Weidenburg i. Schl. (Bezirk.) Kallierer: Karl Schneider, Alsterstraße 15.

Zur Aufnahme gemeldet

Im Gau Hamburg-Altona des Seher 1. Ernst Czallona, geb. in Hamburg 1902, ausgl. daf. 1921; 2. Hermann Riden, geb. in Hamburg 1890, ausgl. in Schwarzenhof 1910; 3. Hermann Schlicht, geb. in Barmen 1888, ausgl. daf. 1908; 4. Georg Scherf, geb. in Altona i. S. 1889, ausgl. daf. 1906; 5. Reinhold Schulz, geb. in Bromberg 1897, ausgl. daf. 1915; waren schon Mitglieder. - Fr. Rumber in Hamburg, Altonaerberg 57 II. - Im Gau Ober die Seher 1. Wilhelm Tanneberger, geb. in Altona 1870, ausgl. daf. 1888; 2. Kurt Wundt, geb. in Posen an der Elbe 1902, ausgl. daf. 1921; waren noch nicht Mitglieder. - G. Reineke in Steinhilber, Kronprinzstraße 22 III.

Arbeitslosenunterstützung

Herrn Kollege Georg Waldeck aus Bremen (Hauptbuchnummer 105 063, Gau Nordwest 2181) teilt uns von Augsburg aus mit, daß ihm seine Reisekonditionen abhandeln gekommen sei. Ein Duplikat wurde an die Geschäftsstelle München geschickt. Waldeck erhob sein Reisegeld am 7. Mai auf der Durchreise an der hiesigen Geschäftsstelle.

Veranstaltungskalender

- Berlin. Korrekturenversammlung Sonntag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44. - Maihienmeller Versammlung Donnerstag, den 18. Mai, abends pünktlich 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2. - Maihienmeller Wanderversammlung Sonnabend, den 20. und Sonntag, den 21. Mai, in Schwabmünde a. B. - Seelitz (S.-S.). Maihienmeller Versammlung Sonntag, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr, in der „Bereinsbrauerei“, an der Promenade. - Dortmund. Maihienmeller Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Schwarzen Raben“, Han Altrage. - Erfurt. Versammlung Freitag, den 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Heineker. - Gera. Maihienmeller Versammlung Freitag, den 19. Mai, abends 7 Uhr, in der „Mühlfeldschen Taverne“. - Plauen i. B. Versammlung Sonnabend, den 20. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerparken“.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. - Gera. Der Bruder Leberer aus Klingenthal i. S., angeblich Mitglied des Verbandes (er hat einen Beitrag entrichtet, ohne ein Buch bezuzugreifen), ist unter Kontrahierung von seiner Arbeitsstelle weggegangen und hat sowohl den erhaltenen Vorkauf der Firma sowie eine Zeitschuld bei dem Arbeitgeber über 80 Mk. unbezahlt gelassen. Ebenso ließ er sich von einem Schneidermeister eine neue Hose geben, ohne diese zu bezahlen. Wir möchten die Kollegen vor dem L. warnen und eruchen um Mitteilung, wenn dieser irgendwo auftauchen sollte. Sein Buch soll ihm angeblich abhandeln gekommen sein.

Die beste Waffe. Im nie aufhörenden Kampf ums Dasein ist ein gefestigter Wille. Das Wollen ist es, was den Menschen macht! Festigen Sie deshalb Ihre Willenskraft! Sie werden dann die Ziele, die Sie sich gesetzt haben, auch erreichen. Eine lehrer zum Prinzip führende Anleitung hierzu bietet Ihnen unser Werk „Gedächtnis-Ausbildung“ von Hans Döry. Wer mit diesem Werke verbundene Begehrung zur Stärkung des Willens, zur Scharfung der Sinne und zur Erweckung und Hervorbringung der geistigen Fähigkeiten erzielt zum zielbewußten, klaren Menschen, der in der Lage ist, die vorgesteckten Ziele zu erreichen. Verlangen Sie heute noch unsere ausführlichen Prospekt G. 39. Tieser Zusendung erfolgt vollständig kostenlos und ohne Verbindlichkeit für Sie. Langenheideische Verlagsbuchhandlung (Professur G. Langenheide), Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstraße 29/30. (Vergünstigt im Jahre 1856.)

Typographischer Stereotypen [522] such! Druckerel Rosensthal, Berlin C 19, Grünstraße 4. Maschinenmeister [521] Ich habe mit Vorparat... bester Werk- und Metallarbeit in Dauerleistung gesucht. Vereinigung wissenschaftl. Verleger, Trebbin (S eis Tellow). Galvanoplastiker [524] Bewerbungen mit Lebenslauf, Altersangabe und Zeugnisabschriften an Gebr. Klingpor, Offenbach a. M. Nach Hannover oder Hamburg oder Umgegend such ich Junger, Strebsamer [491] Schriftsetzer zu verändern, am liebsten in Tagesstellung, wo demselben auch Gelegenheit geboten wird, sich im Abzugsfache weiter auszubilden. Gest. Offerten unter K. S. 491 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten. Schriftsetzer für Setzungs- und Interatensatz, 19 Jahre alt, in ich Stellung, Ausbildung an der Schreibmaschine erwünscht, aber nicht Bedingung. [515] Gest. Angebote an Otto Pfeiffer, Stenog. i. Vogtl., Kleinmühlhäuser 6. Schriftsetzer (22 Jahre alt), in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, such ich sofort Stellung. Angebote an Hans Stray, Wiesdorf, Kreis Striegau i. Schl. [532]

Maschinenmeister bewandert im Setzungs-, Werk-, Platten-, Abzugs- und Farbendruck, wünscht sich zu verändern. Gest. Angebote sind zu richten an Irene Pöppel, Kerenzstraße i. Schl., Ring 34. Tüchtiger, erfahrener Illustrations-, Auto- und Buchdrucker guter Maschinen- und Apparatekennner, such ich in dauernde, selbständige Stellung zu verändern. Leipzig oder Berlin bevorzugt. Angebote an Maschinenmeister, Erfurt, Krommsdorferstr. 15 I I. Fernunterricht im buchgewerblichen Zeichnen Beginn des Kurses jederzeit! Man verlange Prospekt von Fernunterricht, Leipzig-Sülzert, Postfach. Sicherheitskassen für Benzin usw. in Messingausführung liefert Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112. Zigarettenmaschine „Efos“ verlagert viel zum Kleben der Hülle. Stoppfen derselben mit jeder Tabaksorte nur einige Handgriffe erforderlich. Billigste Raucher Preis 12,50 Mk. (Porto extra) gegen Nachnahme. Efos-Verein, Berlin SW 61, Postfach H. Berliner Korrekturenverein Sonntag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44: Berfammlng Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen, 2. Vortrag, 3. Vereinsmitteilungen, 4. Verschiedenes. [518] Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand. Ortsverein Erfurt Freitag, 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Saale bei Steiniger (Predigerstraße): Mitgliederversammlung Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom April 2. Erledigung einzelner Aufnahmegeruche, 3. Vortrag des Kollegen G. Lampe über: Fragen der deutschen Volkswirtschaft, 4. Karteibericht, 5. Vereinsmitteilungen. [525] Vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand. Am 11. Mai verstarb im Alter von 74 Jahren unser lieber Kollege und Sangesfreund, der Seherinwalde August Günther 52 Jahre gehörte er dem Verband an. Er lebte nur halber in einer Verammlng oder bei einer Veranstaltung und bei einer Veranstaltung gefühlvoll im örtlichen Kreis von 1886 ausgehoben bis zu seinem letzten Ende. Diefem braven Kollegen und Mitbegründer unsres Ortsvereins werden wir stets ein erndendes Andenken bewahren. Orts- und Bezirksverein Altonburg, Buchdrucker-Gesangsverein.

Maschinenmeister nicht zu jung, für große Schnellpresse mit Anlegeapparat, prima Quastlöschdrucker, hauptsächlich für Ein- und Mehrfarbendruck, für sofort gesucht. Karl Schünemann, Bremen.

Ausland! Egal wohin! Jünger Schriftsetzer 24 Jahre alt, bewandert in Werk-, Inserat- und Abzugsfach, such ich Stellung im Ausland. Offerten unter P. S. 520 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten. Ausland! Egal wohin! Maschinenteister Spezialität feinste Illustrations- (insbesondere Autochrome), Drei- und Vierfarbendruck, rationelles Arbeiten gewöhnt, kaufmännisch gut gebildet, 26 Jahre alt, bisher nur Vertrauensstellung, such ich eventuell sofort entsprechende Stellung. Beste Offerten unter Nr. 530 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftsetzer für Setzungs- und Interatensatz, 19 Jahre alt, in ich Stellung, Ausbildung an der Schreibmaschine erwünscht, aber nicht Bedingung. [515] Gest. Angebote an Otto Pfeiffer, Stenog. i. Vogtl., Kleinmühlhäuser 6. Schriftsetzer (22 Jahre alt), in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, such ich sofort Stellung. Angebote an Hans Stray, Wiesdorf, Kreis Striegau i. Schl. [532]

Schriftsetzer (22 Jahre alt), in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, such ich sofort Stellung. Angebote an Hans Stray, Wiesdorf, Kreis Striegau i. Schl. [532]

Rotationsmaschinenmeister 32 Jahre alt, in ungehinderter, aber durch Arbeitsmangel unsicherer Stellung, mit geliebter Praxis an Nr. 32- und 64 Zeilen Maschinen, an selbständiges Arbeit in u. wohnt, leid und zuverlässig, wünscht sich zu verändern (nur Vorkaufsposten). Endzustand bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Gutes Zeugnis vorhanden. [533] Angebote mit Gehaltsangabe an Erich Bog, Solttau a. M., Tägerstraße 18. Zuchtler, im Verhältnisse wohlhabender Linotypsetzer [523] vertraut mit Multimagazin und Ideal, per sofort gesucht nach Solberg. „Solberger Tageblatt“ G. m. b. H., Solberg (Pomm.).

Mir suchen für künftigen Abzugs- und Interatensetzer sofort oder später Stellung. Angebote erbeten an die Buchdrucker des „Großhartmannsdorfer Landboten“, Großhartmannsdorf bei Greiberg i. Sa. [526]

Linotypsetzer vertraut mit Multimagazin und Ideal, per sofort gesucht nach Solberg. „Solberger Tageblatt“ G. m. b. H., Solberg (Pomm.).

Verbandsmitglieder! Schlicht nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft Hamburg 6.

Nach vollendetem 69. Lebensjahre verstarb am 10. Mai unser lieber Kollege, der Invalide Franz Böfcher Sein Andenken wird stets in Ehren halten [535] Ortsverein Zeitz.

Am 11. Mai verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Joseph Kuzniak Ein bleibendes Andenken bewahren ihm [529] Die Kollegen der Buchdruckerel S. & W. Theinhardt, Berlin.

Am 11. Mai verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Joseph Kuzniak Ein bleibendes Andenken bewahren ihm [529] Die Kollegen der Buchdruckerel S. & W. Theinhardt, Berlin.

Sür den „Korrespondent“ i. die Geschäftsstelle und Inseratannahme Leipzig, Salomonstraße 3, die Telefonnummer 1411, das Postfachkonto Leipzig Nr. 61323.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Gründungsnummer 20 Pfennig. Preisbeitrag für die
Zuführung circa. Vorauszahlung 20 Pfennig.

Beilage zu Nr. 58 — Leipzig, den 18. Mai 1922

Veröffentlichung: Dienstag, Donnerstag und
Sonntags früh zur jeweils nächsten Nummer.

Des Himmelstags wegen erscheint
Nr. 61 erst am Sonnabend, dem 27. Mai.

Normenausschuß für das Graphische Gewerbe

Normungsarbeit der Schriftenkommission

Im Rahmen des Normenausschusses für das Graphische Gewerbe hat nunmehr auch die Schriftenkommission ihre Arbeiten aufgenommen und am 17. März 1922 unter dem Vorsitz des Herrn Eugen Maibau (Frankfurt a. M.) eine Sitzung im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig abgehalten, an der elf Mitglieder teilnahmen. Die Kommission griff den bereits im Oktober aufgestellten Arbeitsplan wieder auf und trat in die Beratung der einzelnen Punkte ein.

1. Höhe und Regel der Schriften. Bereits im Jahre 1904 wurde seitens des Vereins Deutscher Schriftgießereien die Höhe der Schrift genau festgelegt. Ausgehend von dem Grundmaß des deutschen typographischen Normalmaßes, das 2660 typographische Punkte gleich einem Meter sind, wurde festgelegt, daß die Höhe der Schrift 62 $\frac{1}{2}$ Punkte = 23,666 mm betrage. Über diese Festlegung bestehen heute heimatliche Meinungsverschiedenheiten mehr, weshalb beschlossen wurde, daß diese Angaben ohne weiteres in ein Normblatt aufgenommen werden können. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß heute noch in Deutschland 80 verschiedene Höhen vorkommen, doch ist beobachtet worden, daß die Zahl der Druckerereien mit eigener Höhe immer geringer wird und der Bedarf an Schriften mit normaler Höhe der bei weitem größere ist. Das Beibehalten der eigenen Höhe hat seinen Grund in wirtschaftlichen und technischen Fragen, die so bedenklich sein können, daß sie sogar die Nachteile gering erscheinen lassen, die den Druckerereien mit eigener Höhe laufend erwachsen. Obgleich die Kosten der Umstellung verhältnismäßig hoch sind, bietet der Übergang auf die Einheitschriftgröße große Vorteile. Die Kommission nahm zur Kenntnis, daß neue Druckerereien seitens der Schriftgießereien nur mit Normalhöhe ausgestattet werden und im übrigen von letzteren stets mit allen Mitteln auf die Vorteile der Normalhöhe hingewiesen wird, kurz alles geschieht, um die Umstellung möglichst rasch zu bewerkstelligen. Um dieser Umstellung bereits 1904 bestehenden Normen zur wirksamen Durchführung zu verhelfen.

2. Kopf- und Schriftbild. Im allgemeinen können hier keine Normforderungen gestellt werden. Dasselbe gilt auch von der Dichte der Schriften. Die hier auftauchende Frage der einheitsmäßigen Pünktchen und Siffern soll später erörtert werden.

3. Normal-(Einheits-)Schriftlinie. Auch hier ist bereits viel geleistet worden. Die Einheitschriftlinie wurde bereits 1905 durch eine vom Deutschen Buchdruckerverein eingeleitete Kommission gutgeheißen. Die Ausprägung ergab, daß in bezug auf 9er und 10er Schrift (Borgia und Korpus) zur Zeit noch Unklarheit herrscht, die davon herrührt, daß letztendlich in dieser Beziehung keine eindeutige Feststellung erfolgt war. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Herr Kommerzienrat Giesecke wird eine Umfrage über den jetzigen Stand dieser Angelegenheit bei den deutschen Schriftgießereien veranlassen. Das Ergebnis soll in der zweiten Sitzung zur Besprechung kommen. Auch soll der Begründer des Systems der Einheitschriftlinie, Herr Gensich (Hamburg), Gelegenheit haben, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Über die Frage, wie die Durchführung des Systems der Einheitschriftlinie am besten überwacht werden kann, soll die Geschäftsleitung in der zweiten Sitzung Vorschläge machen.

4. Akzente und Ligaturen. Hier entstand vor allen Dingen die Frage, welche Akzente den Schriften mitzuliefern sind. In vielen Druckerereien sind die Akzente noch völlig neu, wenn die Schrift ins Zeug geworfen wird. Daraus ergibt sich die Forderung, daß der Schrift keine Akzente mitgeliefert werden sollen. Dabei läuft der Drucker freilich Gefahr, daß er nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Hinsichtlich der Antiquazakente ist die Frage nicht ohne weiteres lösbar, da zwischen französischen, polnischen usw. Akzenten zu unterscheiden ist, die wohl nur selten in derselben Druckererei gebraucht werden. Die Ausprägung ergibt, daß in dieser Frage schon viel gearbeitet worden ist. Das Material soll herangezogen und vervollständigt werden. Außerdem ist die Akzentfrage bereits durch die Normalgesetzgebung geregelt. Zur Klärung der Sache soll seitens der Geschäftsleitung ein Unterausschuß eingesetzt werden.

Ebenfalls in Sonderberatungen sollen bearbeitet werden:
5. Schaltung einer Normalzeile. 6. Mathe-
matische und allgemeine Zeichen.

7. Linienabstände. Dazu sind von sämtlichen
Messinglinienfabrikanten bereits Normen geschaffen.

8. Neigungswinkel der Kurzschriften. Wird
an einen Unterausschuß verwiesen.

9. Gradenbezeichnung der Schriften. Zu diesem
Punkte soll seitens des Vereins Deutscher Schriftgießereien
ein Referent bestellt werden.

10. Signaturen der Schriften. Hier scheint nicht
Vereinbarung, sondern größtmögliche Verschiedenheit
das Erstrebenswerte zu sein. Doch muß versucht werden,
gewisse Einheitskennzeichen zu schaffen, die bei Werkchriften
eine Unterscheidung innerhalb der einzelnen Grade ermög-
lichen. Dabei wäre zu wünschen, daß eine Unterscheidungs-
möglichkeit der Stärke des Bildes und sonstiger Verschieden-
heiten einer Schrift (fett, halbfett usw.) innerhalb desselben
Schriftcharakters geschaffen würde. Zu diesem Punkt ist
noch die Frage zu erörtern, ob an jeder Type das Ur-
sprungszichen angebracht werden soll. Zur Bekämpfung
von Schriftlebensfällen wäre das wünschenswert. Im
übrigen soll auf der zweiten Sitzung zu dieser Frage sel-
tens des Vereins Deutscher Schriftgießereien referiert
werden. Aus Verbraucherkreisen soll ein Korreferent be-
stellt werden.

11. Normalgesetzgebung. Darüber sind von der Typo-
graphischen Gesellschaft Leipzig bereits wertvolle Vor-
arbeiten geleistet worden, deren Ergebnisse den Herren
Kommissionsmitgliedern zugänglich gemacht werden sollen.

12. Ausschluß. Die Typographische Gesellschaft
Leipzig hat auch an dieser Frage gearbeitet; jedoch wurden
die Arbeiten, bevor sie zu einem Abschluß gekommen
sind, durch den Krieg abgebrochen. Die Arbeiten sind
durch einen Unterausschuß zu Ende zu bringen.

13. Minimumgewichte. Dieser Punkt ist ebenfalls
von einem Unterausschuß zu klären.

14. Legierung der Metalle. Anzustreben ist die
Festlegung einer bestimmten Mindestqualität der Legie-
rungen. Zur Vermeldung von unnötiger Nebeneinander-
arbeit steht der Normenausschuß für das graphische Ge-
werbe mit dem Normenausschuß der deutschen Industrie
in dauernder Fühlung; dadurch wird gleichzeitig den
Normen für graphische Metalle die geeignete Grundlage
gegeben.

15. Normalgesetzgebung. Vorarbeiten hierzu sind in
Gemeinschaft mit dem Verein Deutscher Holzgerätfabrikanten
zu leisten.

16. Normalkorrekturzeichen. Hierzu wird viel-
fach empfohlen, das Feinerzeil vom Oberkorrektor Reinecke
aufgestellte Korrekturzeichen des „Juden“ zu übernehmen,
das in allen Zeilen vorbildlich ist, und nur hinsichtlich
seiner Bestimmungen über den Maßstab einer Ände-
rung bedarf. Eine Anleitung darüber, wie das Manu-
skript herzustellen ist, soll, wie vorgeschrieben, als
Normblatt zu gefaßt werden.

17. Dichte der Buchstaben. Hier wird gefordert,
daß eine Schrift beim Nachzug immer dieselben Dichten
erhalten muß wie die erste Schrift. Deshalb sollte eine
Festlegung der Dichten nach Punkten erfolgen, wie dies
heute bereits bei einer bekannten großen Schriftgießerei
üblich ist. Vorarbeiten zu dieser Angelegenheit hat
Herr v. Welsbach in seiner Eigenschaft als Direktor der Wiener
Staatsdruckerei geleistet.

Auf dem Gebiete der Stereotypie, Galvanoplastik und
Chemigraphie sind folgende Punkte zu klären: 18. Platten-
stärke. 19. Stärke der Kupferhaut bei Galvanoplas-
tik und Kalkschiebe. 21. Facettenwinkel. 22. Stärke
der Zinkplatten. 23. Normalmaß. Eine Be-
ratung dieser Punkte hat nicht stattgefunden; doch soll
die Geschäftsleitung zu deren Bearbeitung eine Kommission
einleiten.

Die Maße der Schriftlinien, Regale und
Formenbreiten sollen künftig unter Punkt 15 (Normal-
gesetzgebung) mit erörtert werden.

Unter „Sonstigem“ entwickelte sich eine Aussprache
über die Normungsarbeit der Schriftenkommission betref-
fend Festlegung eines Schriftbildes für die Beschriftung tech-
nischer Zeichnungen. Seitens eines Vertreters der Ma-
schinen- und bautechnischen Industrie wurde eine Nor-
mung von Schriftcharakteren beantragt. Als anwesenden
Fachleute aus dem Drucker- und Schriftgießergewerbe
wiesen demgegenüber aber darauf hin, daß sich eine solche
Norm nicht durchführen lassen werde, weil die Schriftwahl dem
Sunden obliegt und außerdem das Reklamebedürfnis eine
dauernde Abwechslung erheische. Trotzdem wurde nicht in
Abrede gestellt, daß aus mancherlei Gründen eine Ein-
heitschrift vorzuziehen sei, was auch im Interesse des
Druckers und Schriftgießers liegt. Doch könne dies erst
als allerletztes Ziel der Normung gelten.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkommission bestehen zur Zeit in Dresden nach
in Barmen, Pilsen, Glatz, Glogau und Weiden.
Zug nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Anwesen-
heitsangeboten aus Dresden ist unbedingt bei den zuständigen
Organisationsstellen erst anzufordern.

Dresden. In der am 4. Mai abgehaltenen Ver-
sammlung, die einen überfüllten Saal füllte, herrschte
allgemeine Entrüstung über den von den Gewerkschaftsvertretern
angenommenen Schiedspruch. Von zahlreichen Rednern
wurde die Unrechtmäßigkeit der Preispaale angefochten, die es
nach dem Abkommen darauf ankommen ließen, daß die
Gewerkschaft und ihre Familien immer mehr der Ver-
zweiflung entgegengetrieben würden. Folgende Ent-

scheidung wurde einstimmig angenommen: „Die am
4. Mai im Volksbause“ tagende Buchdruckerverlam-
mung verurteilt aufs Schärfste die Annahme der Preis-
paale seitens der Gewerkschaftsvertreter. Der Verbands-
vorstand wird beauftragt, sofort eine Urabstimmung über
Annahme oder Ablehnung dieser Zulage vorzunehmen und
bei Ablehnung den Kampf vorzubereiten. Zu diesem
Zweck ist unverzüglich vom Verbandsvorstand ein Ent-
scheidungsbeitrag zu erheben.“ Zur Generalversammlung wurden
folgende Kollegen als Kandidaten vorgeschlagen: Bom-
mecker, Böhring, Freitag, Gieseler, Lehmann, Müller,
Sahlmann, Schröder und Wendisch. Mit Beratung Bri-
tischer Angelegenheiten wurde die Versammlung zu Ende
geführt.

—ba. Frankfurt a. M. (Korrespondent) In der
Versammlung am 2. April gab Vorsitzender Keller-
brücker nach kurzer Begrüßung zunächst seiner Freude
über die im Wochen begriffene Mittaloberabstimmung
Ausdruck. Daß die übrige Tätigkeit des Vorstandes, tatkräftig
unterstützt durch unsere Gewerkschaftsvertreter Kollegen Wepach,
bereits gute Erfolge erzielt hat, geht daraus hervor,
daß auf Vorklärungen bei den Prinzipalen die sinn-
gemäße Anwendung des § 69 des Tarifs bis auf wenige
Ausnahmen gelungen ist. Das Mindestlohnminimum
ist als Mindestentlohnung nicht nur erreicht, sondern in
vielen Fällen überschritten worden. Um für die Folge
dem verantwortungsvollen Amte des Korrespondenten, das so
weitgehende Wünsche kennt, auch seine Rechte zu sichern,
wurde eine Neufassung des § 69 beschlossen, die der
Zentralkommission der Korrespondenten Deutschlands zur Tarifi-
revision in Vorschlag gebracht werden soll. Wie allerorts,
so gibt es leider auch hier noch eine Anzahl Kollegen, die
glauben, mit der nachten Beitragszahlung ihre Wünsche
erfüllt zu haben. In der heutigen, nur auf Kampf ein-
gestellten Zeit ist es Ehrensache eines jeden Kollegen, die
Versammlungen zu besuchen und unentwegt zu wirken,
daß auch der letzte Mann als Spartenmitglied zwecks
Erreichung unserer gesteckten Ziele gewonnen wird.

Glauchau. In unserer Versammlung am 4. Mai
wurden bei Besprechung des neuen Lohnabkommens die
gemäßen Zulagen allgemein als durchaus ungenügend
bezeichnet. Der Vorstand wurde beauftragt, Schritte zu
unternehmen, daß Glauchau einen höheren Vorklärungs-
beitrag bekommt, da mit unserem Vorne mit hin die hier
vorherrschenden Minderentlohnungen... Gomm... wurde... noch
die bevorstehende Ortsvorstandskonferenz in Chemnitz be-
sprochen und dem Vorstand Direktoren hierzu erteilt.

Kalle a. d. S. Am 9. April fand die diesjährige Ge-
zirksversammlung des Bezirkes Kalle statt. Nach einer
kurzen Begrüßungsansprache des Bezirksleiters Spröbe
und dem Vortrage von zwei Rednern durch den Gesangs-
verein „Gutenberg“ erhielt Kollege Karl Helmholz
(Leipzig) das Wort zu seinem Vortrage: „Die Grund-
lagen des Gewerkschaftskampfes“. Der Redner erteilte
für seinen letzten Vortrag starken Beifall. An der
Ausprache beteiligten sich die Kollegen Riebenkahl und
Grübner. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ kam
der Bezirksleiter auf die Beschlüsse der Gewerkschafts-
konferenz zu sprechen. Die Bezirksleiterkonferenz sprach
den Ortsvereinen das Recht zu, von dem vollen Verbands-
beitrag die prozentualen Abzüge in Anspruch zu nehmen.
Von der Abhaltung eines Saaltags für dieses Jahr wurde
abgesehen. Derselbe soll an den beiden Pfingsttagen
nächsten Jahres stattfinden und damit gleichzeitig die Feier
des 50jährigen Bestehens des Saales an der Saale ver-
bunden werden. Kollege Riebenkahl stellte den Antrag,
den Vorstand zu eruchen, bei dem Eingang Kalle durch
eine Eingabe vorstellig zu werden, daß die Aufschläge auf
die Nacharbeit nicht mehr zur Steuer herangezogen werden
müßten, da diese als Lohnanforderung anzusehen
selen. Der Antrag wurde angenommen. Außerdem brachte
er drei weitere Anträge zur Generalversammlung ein.
Der erste Antrag: „Verbandsmitglieder, die durch ihre
gewerkschaftliche oder politische Betätigung in Unter-
suchung genommen, freigesprochen oder durch Amnestie
entlassen werden, ist für diese Zeit die Karenz in An-
rechnung zu bringen“, wurde angenommen. Der zweite
Antrag, der die Einsetzung einer Prehkommission für den
„Korr.“ verlangte, sowie der dritte Antrag, der die Ein-
führung des variablen Lohnabkommens forderte, wurden
abgelehnt. Angenommen wurden noch zwei Anträge,
betreffend die automatische Anpassung des Feuerlohn-
Erlösminimums an die fortschreitende Steigerung und die
Erhebung eines Entlohnungsbeitrags für den Kampf um die
Aufrechterhaltung des Achtfundentags. Als Kandidaten
zur Generalversammlung wurden die Kollegen König,
Riebenkahl, Spröbe (Kalle) und Hohenst (Merleburg) auf-
gestellt. Anwesend waren 220 Kollegen.

Kalserlauren. In der Versammlung am 5. Mai
befaßte sich mit der Stellungnahme zum Ergebnisse der
letzten Lohnverhandlungen. Die Aussprache hierüber
zeigte folgende Resolution: „Die heutige Versammlung
des Bezirksvereins Kalserlauren nahm Stellung zu den
letzten Tarifverhandlungen und protestiert gegen das Ver-
halten der Prinzipale, da sie nicht erkennen wollen, in
welch mißlicher Lage die Gewerkschaft sich befindet.
Desgleichen verurteilt sie den Schiedspruch des Reichs-

arbeitsminderlums, da auch er keinen Ausgleich bringt in der gegenwärtigen Steuerung. Durch das geringe materielle Ergebnis desselben bleiben die Buchdrucker-gehilfen mit vierjähriger Leberzeit mit ihrem derzeitigen Einkommen weit hinter dem eines ungelerten Arbeiters zurück. Die Verarmung beauftragt die maßgebenden Verbände und Tarifinstanzen, dahin zu wirken, daß bis zum 15. Mai neue Verhandlungen stattfinden.

Münch. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 21. Januar erstattete Kollege Kiefer zunächst den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand stieg im Laufe des Jahres von 137 auf 175. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. — In der Februarversammlung wurden die Münchner Anträge sowie das Rundschreiben Nr. 7 der Zentralkommission ausgiebig besprochen. Während man sich mit den Münchner Anträgen nicht ganz einverstanden erklären konnte, wurde aber der Vorschlag der Zentralkommission zur Abhaltung einer Kreisvorsitzendenkonferenz an Stelle eines Spartenkongresses einmütig angenommen. — Die fällige Märzversammlung mußte in den April verlegt werden, da das Vereinslokal anderweitig besetzt war. In dieser Versammlung wurde das Rundschreiben Nr. 8 der Zentralkommission besprochen. Außerdem lagen von Hamburg und Leipzig Anträge vor, mit welchen man sich bis auf den neunteingelsten § 75 von Leipzig einverstanden erklärte. Ein Vortrag mußte der vorgeschriebenen Zeit wegen verschoben werden.

Nahr i. B. In ihrer letzten Versammlung gab die hiesige Gehilfenschaft ihrer Ansicht über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen in folgender Resolution Ausdruck: „Die aufgebliche Versammlung des Ortsvereins Nahr protestiert gegen die letzte unzulängliche Steuerungsanfrage, die in keiner Weise der Not der Gehilfenschaft Rechnung trägt. Ebenfalls findet sie es als nicht zu Recht bestehend, daß Kollege Schalles als Gehaltsführer Vermittlungsvorschläge macht, die der gerechten Forderung der Gehilfenvertreter direkt widersprechen.“

Rangensalza. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) In der Generalversammlung im Januar wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Auf Grund der schlechten finanziellen Verhältnisse und im Interesse der Fortbildung wurde der Vorschlag gemacht, den wöchentlichen Beitrag auf 1 Mk. zu erhöhen, was auch einstimmig Annahme fand. — Unser Obmann, Kollege Ströband (Berlin), sprach in der Versammlung am 16. Februar über: „Verband und Sparte im Wechsel der Zeiten“. Zu dieser Versammlung war der gesamte Ortsverein eingeladen. Der Einladung waren 80 Kollegen gefolgt. Seine Ausführungen fanden zum Teil Widerspruch, zum größten Teil aber Beifall. — Am 5. März nahmen fast sämtliche Kollegen an der Kreisversammlung in Erlurt teil, wobei eine neueregerichtete Offsetdrucker besichtigt wurde. — In der letzten Versammlung wurde beschlossen, den Ortsvereinsbeitrag von 1 Mk. auf 2 Mk. wöchentlich zu erhöhen.

Regensburg. In der Versammlung vom 3. Mai erstattete Gehilfenvertreter Hemmerich (München) Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in der Lohnkommission des Tarifausschusses und das Ergebnis des Schiedsspruchs. In etwa einstufiger Rede zeichnete der Berichterstatter ein Bild von den Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und stellte dabei auch die allgemeine gewerbliche Lage und die derzeitigen, aus den politischen Verhältnissen sich ergebenden unklaren Verhältnissen im ganzen Deutschen Reich. Das Ergebnis sei eben ein Kompromißergebnis, das man aber als Abstrichzahlung annehmen müsse, um einer noch größeren Verelendung der Kollegen vorzubeugen. Ein gerechter Ausgleich durch Lohnerböschung ließe kaum zu erreichen, viel eher sei es eventuell möglich, bei eintretender Stabilisierung der Preise und untrer Valuta eine Annäherung zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen zu erzielen. Regier Beifall lobte dem Redner für seine interessanten Ausführungen. In der Aussprache wurde betont, daß das Ergebnis keinesfalls einen Ausgleich gegenüber der Steuerung darstelle, das Ergebnis sei zu minimal sei, aber bei der schwierigen Lage des Gewerbes es begrifflich finde, daß die Gehilfenvertreter dem Schiedssprache zustimmten. Man erhoffe von den Verhandlungen des ganzen Tarifausschusses ein günstigeres Ergebnis für die Kollegen. Scharf verurteilt wurden die Ausführungen der Prinzipalsredner, die erklärten, daß die Lohnforderungen der Gehilfenschaft nicht berechtigt seien, sondern eher ein Abbau erfolgen müsse, hauptsächlich unter Abhebung auf die Provinzverhältnisse. Gerade unser Ort, der doch auch als Provinz anzupreisen sei, ist ein typischer Beweis, daß zwischen Großstadt und Provinz nur mehr ganz geringe Unterschiede zu verzeichnen seien, die sich zum Teil sogar schon zumungunsten der Provinz auswirken, indem den erhöhten Wohnungskosten durch größere Auswahl bei Einkauf von Kleidung und Schuhen durch Ersparnisse gegenüber der Provinz weitgemacht werden können. Die Versammlung stimmte dem Ergebnis zu. Über die Verhandlungen der Vertrauensleute mit der Prinzipalität bezüglich der Frage der Aberrimimumlohnung wurde Bericht erstattet und es konnte festgestellt werden, daß ein Erfolg zu verzeichnen ist, wenn auch durch die mißliche Lage im Zeitungsgewerbe diese Firmen ein größeres Entgegenkommen ablehnen zu müssen glauben. Doch soll hier bei Gelegenheit der Versuch nochmals gemacht werden. Einige interne Angelegenheiten fanden ihre Erledigung. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Hemmerich (München) und Schindler (Regensburg) vorgeschlagen.

r. Siegen. Inre Versammlung am 6. Mal befaßte sich u. a. mit dem neuen Lohnabkommen. Das geringe Verständnis der Prinzipalität für die Notlage der

Gehilfenschaft fand Verurteilung. Es wird erwartet, daß bei der nächsten Tarifauseinandersetzung, die sich mit der Lohnregulierung befaßt, die Prinzipalität den gerechten Forderungen der Gehilfenschaft mehr Entgegenkommen zeigt, um auch den Buchdruckergehilfen den Lohn zu gewähren, den sie zur Führung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt benötigt.

□ □ □ Rundschau □ □ □ □

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Chemnitz hat nicht Walter Sahn, wie wir in Nr. 55 berichteten, sondern Kollege Walter Sahn in Gelsenau i. Erzgeb. die Meisterprüfung bestanden.

Zur Angestelltenbewegung im sächsischen Setzungs-gewerbe. Die sehr dürftigen Gehaltszuschläge, die der Schiedsspruch den Angestellten brachte, 20 Proz. im April und 30 Proz. im Mai auf die Märzgehälter, wurde allgemein abgelehnt. In allen größeren Städten kam es zum Streik. Wenn auch Chemnitz die geforderten Sätze von 40 bzw. 60 Proz. bewilligt hatte, so wurde dort aus Sympathie die Arbeit niedergelegt. In Leipzig wurde schließlich zu neuen Verhandlungen unter Führung der am stärksten vertretenen Organisation, des DSW, die Initiative ergriffen und eine Entigung dahingehend erzielt, daß für April ein Zuschlag von 35 Proz. und für Mai ein Zuschlag von 45 Proz. auf die Märzgehälter gezahlt wird. Dresden, Plauen und die andern Städte nahmen diese Abmachungen gleichfalls an und auch Chemnitz mußte sich mit diesen Sätzen abfinden. Es sei besonders betont, daß die Betriebe der Arbeiterblätter, die schon höhere Löhne zahlen, vom Streik nicht betroffen wurden.

Buchhändlerhauptversammlung in Leipzig. Die Mitglieder des Börsenvereins der deutschen Buchhändler kommen alljährlich am Sonntag Kanale im Buchhändler-haus zu Leipzig zusammen; diesmal waren über 600 mit fast 2000 Stimmen vertreten. Nach dem Geschäftsberichte bleiben die Buchhändler bezüglich der Frage der Kulturabgabe auf ihrem Standpunkt stehen, daß auch künftig eine einseitige Sonderbesteuerung zur Verringerung der Notlage der Schriftstellerwelt, die man gnädigst anerkannt hat, ausgeschlossen bleiben und etwaige Mittel hierfür nur im Wege einer allgemeinen Steuer aufgebracht werden müssen. Auf alle Detailverhältnisse von Gesetzen des Buchhandels soll wieder ein Sortimentssteuerzuschlag zum Ladenpreise des Verlegers erhoben werden, der für das ganze Gebiet des deutschen Buchhandels verbindlich sein soll. Der schlechte Stand der Markt wird schließlich dazu behalten müssen, die Bücherpreise bis ins Unendliche zu steigern, was natürlich den Bücherhorizont einschränken muß. Den Buchhändlern soll durchaus nicht vorenthalten werden, was zur Lebensfähigkeit ihrer Betriebe notwendig ist. Was für solche Zuschläge zu bedeuten haben, das veranschaulicht treffend ein Mahnwort des Verlegers Eugen Dieberichs im „Brienblatt“. Danach wird ein Roman demnach 100 Mk. kosten. Wo bleiben dabei die Autoren, deren Arbeit an den Büchern doch immerhin auch einiges getan hat? Sie werden leer ausgehen, wenn sie nicht der Allgemeinheit, der sie von den Buchhändlern mit Seelenruhe empfohlen werden, zur Last fallen wollen!

Zum Kampfe für Erhaltung des Achtstundentags. Was zu erwarten war, hat auch der Allgemeine freie Angestelltenbund mit seinen dreizehn angeschlossenen Verbänden zum Kampfe in der Metallindustrie Stellung genommen und fordert die Mitglieder auf, die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter zur Tat werden zu lassen. Ein Beitrag von 5 Mk. von männlichen und 3 Mk. von weiblichen Mitgliedern wird erhoben, um die Metallarbeiter in ihrem beidseitigen Ringen für den Achtstundentag tatkräftig zu unterstützen.

Ein gefährliches Spiel der Brotverkäufer und seiner Schriftmacher. Der Hauptausschuß des Reichstags hat in ergreifendster Weise gegen die Getreidemenge Stellung genommen. Das hat man in allen Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht für möglich gehalten angesichts der furchterlichen Wirkungen, die das „freie Spiel der Kräfte“ bei allen Nahrungsmitteln und notwendigen Verbrauchsgegenständen gebracht hat. Den Zentrumsmitgliedern war es vorbehalten, die Schriftmacher für die Lebensmittelverkäufer zu machen. Ein Antrag von ihnen wurde angenommen, der besagt, daß eine Getreidemenge in der bisherigen Form nicht möglich sei, da sie die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung gefährden würde. Für die ganze Welt soll allerdings die Regierung durch eine Getreidereserve billiges Brot zur Verfügung halten. Im Hauptausschuß des preussischen Landtags wurde daselbe gefährliche Spiel getrieben und Anträge zum Wohle des Volksganges, die von den sozialdemokratischen Parteien gestellt wurden, abgelehnt. Durch die Aufhebung der Umlage schnell der Brotpreises in die Höhe. Wir können dann nur noch markentreies Brot zu Phantasiapreisen kaufen. Aber nicht nur das. Auch die Preise für alle andern landwirtschaftlichen Erzeugnisse schwellen in die Höhe, so daß eine bisher nie dagewesene allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung eintritt. Aus der bitteren Erfahrung der letzten Jahre wissen wir, daß Löhne und Gehälter in zunehmendem Maße hinter der allgemeinen Steuerung zurückbleiben. Der Reichstag darf daher diesen Beschüssen auf keinen Fall beitreten. Die bürgerlichen Abgeordneten, die sich Scheinbar vor den rabiaten Landhändlern fürchten, müssen demgemäß bearbeitet werden; sie sind nicht Vertreter der Agrarier, sondern gewählte Volksvertreter. Die Land-

hände betreiben unter Fesselung von Raubritterprühlungen eine wahnwitzige Gehe unter der Landbevölkerung. Sie drohen mit Steuertrieb und Vorkriegsliberalismus, mit offenem Aufbruch. Zwei in letzter Zeit gefasste Entschlüsse des Reichstags und Preussischer Landtags sind ebenfalls eine freche Sprache und beweisen das zur Genüge. Was uns bevorsteht, wenn das Getreide vollständig frei wird, dafür gibt uns die freie Suderwirtschaft ein ekelhaftes Beispiel. Es wird damit gerechnet, daß der Zuckerpreis bald auf 25 Mk. pro Pfund im Kleinhandel zu stehen kommt, wenn er überhaupt noch zu erhalten ist. Was wäre über 100fache Verteuerung. So berichtet selbst ein Rechtsorgan, das „Tägliche Rundschau“, die sonst nicht laut genug nach Aufhebung gebundener Wirtschaft schreien kann, daß der legitime und unlegitime Zuckergroßhandel den massenweise aufgehauenen Zucker zurückhält oder von der Bahn späteren Jahren läßt, um ihn dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Schokoladen- und Zuckfabriken haben sich weit über bemitteltes Kontingent für mindestens zwei Jahresproduktionen eingehandelt. Die Verhältnisse haben sich derart verschoben, daß tschechoslowakischer ungeschlemmter Zucker sich auf 16 Mk. franco Berlin stellt, während Inlandzucker mit 24 Mk. pro Pfund angeboten und begehrt wird. Bei der Verschöpfung der Vorkänge auf dem Zuckermarkt im Hauptauschuß des Reichstags und des preussischen Landtags hat der preussische Staatskommissar mitgeteilt, daß der Zuckermangel zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß deutscher Zucker in das belebte Gebiet verhothen und von dort als Auslandszucker zu erhöhten Preisen wieder eingeführt werde. Die gleiche Gefahr droht uns mit dem Getreide, wenn der kuriose Beschluß im Plenum des Reichstags ebenfalls angenommen und demgemäß Geleß werden sollte. Sinnesweg damit! Alle Lohn- und Gehaltsempfänger müssen dagegen Front machen.

Handelsvertrag zwischen Deutschland und Serbien. Ein soeben abgeschlossener Handelsvertrag mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slawonen wird Deutschland einfuhrfreie Waren zur Ernährung in großen Mengen zulassen, was dazu beitragen wird, die wahnwitzigen Preissteigerungen für deutsche Produkte zu unterbinden.

„Betriebsrätezeitung“ des DGB. Wer nicht genau beobachtet, sieht nicht, wie erheblich die Veränderungen sind, die sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere nach dem Kriege, vollzogen. In dem Maße der „Betriebsrätezeitung“ des DGB, und die W-Bundes schilbert der Generaldirektor des Scheidemandel-Kongresses den Aufbau der um ihn zusammengeschlossenen Unternehmungen. In diese Schilderung schließt sich eine sehr interessante Ansprache mit dem Schriftsteller. „Ein Betriebsräteexperiment in England“ berichtet von freiwilligen Betriebsräten dieses Landes. Über den Aufbau des Deutschen naturwissenschaftlichen Forschungsinstituts schreibt Generalsekretär Dr. Glum, die Landwirtschaft ist vertreten durch einen Beitrag von Dr. Stuh über den „Einfluß der Betriebsgröße auf die Ackerkultur“. „Die kranke Fabrik“ teilt sich ein Beitrag, in dem eine mit Verlust arbeitende Fabrik von einem Geschäftsdiagnostiker sachkundig untersucht wird. In das Gebiet der wissenschaftlichen Forschung selbst führt den Leser eine Studie über die „Dringslichkeit“, die ihm Ergebnisse zeigt, was wir unter dem Begriff Dringlichkeit eigentlich zu verstehen haben. Eine Kritik des „Mehrwertes“ dürfte sicher eine besonders kritische Beachtung finden, ebenso wird der Beitrag von S. Grande „Der Sozialismus als Vergesellschaftung unserer Lebenshaltung“ vielen Wertvolles bieten. Alle diese Beiträge füllen aber erst die Hälfte dieses Heftes, das so außerordentlich reichhaltigen Inhalt bietet. Wer die „Betriebsrätezeitung“, die heute bereits 121 000 Auflagen hat, noch nicht kennt, bestelle bei der Post ein Abonnement zu 3 Mk. Die Organisationen geben die Zeitung ihren Mitgliedern noch erheblich billiger direkt durch die Verbände oder Ortskartelle.

Reaktionärer Vorstoß der Justiz. In dem kleinen Orte Ahr (Rhd.) kam es im Sommer 1920 zu Lebensmittelpreissen, wogegen die Justiz in recht seltsamer Weise einschritt. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins wurde ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten und schließlich wegen Anschulds mit dem Bemerkten entlassen, in nicht von Klassenjustiz zu reden, sonst . . . Dann wurde der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission verhaftet. Weil er vorher wiederholt warnend erklärt hatte, wenn der Lebensmittelwucher so fortgehe, werde es in Ahr kommen wie anderswo, wurde er der Aufrechterung für überführt erachtet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, ohne an den Erzfällen irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Gegen dieses unbedeutende Schreckensurteil protestierten in einer Versammlung fast alle Erwachsenen von Ahr durch Annahme einer Entschlüsselung, in der das Urteil als Auswuchs der Klassenjustiz bezeichnet wurde. Daraufhin will man jetzt den Leiter der Versammlung und das bürgerliche Blatt, das die Versammlungsankündigung ausnahm, zur Rechenschaft ziehen und auch gegen den Redakteur des Oberleiters sozialdemokratischen Blattes, das einen objektiven Versammlungsbericht brachte, ein Strafverfahren wegen Richterbeleidigung einleiten. Ziel ist nicht man auch noch gegen diejenigen vorgehen, die zu dieser weltfremden Rechtsprechung deutscher Richter Stellung nehmen und freimütig Kritik daran üben. Das Wort Klassenjustiz ist kein Vorwurf der Rechtsbeugung, sondern die psychologische Feststellung der Fehlerquelle eines Urteils. Wenn die Justiz das gelunkerte Vertrauen zu ihr durch solche Schelmerie heben will, dann ist sie auf verkehrtem Wege. Das Urteil gegen den Gewerkschaftsführer ist nach den gegebenen Tatsachen unbillig und muß aufgehoben werden.